

**Prof. Anselm Doering-Manteuffel
Philosophische Fakultät, Seminar für Zeitgeschichte, Universität Tübingen**

Grundsätzliche Bemerkungen

- 1.** Der Gemeinderat hat die Aberkennung der Ehrenbürgerwürde von Adolf Scheef beschlossen, das ist der Sachstand, von dem auszugehen ist.
- 2.** Eine Umbenennung der Scheefstraße kann nicht ausschließlich unter Verweis auf die Geschichte des „Dritten Reichs“ bzw. die Biographie von Adolf Scheef, der bereits 1927 zum Oberbürgermeister gewählt worden war, diskutiert werden.
- 3.** Vor der Umbenennung der Scheefstraße ist zu klären, *warum* die Benennung „Scheefstraße“ im Juni 1959 im Gemeinderat beschlossen wurde. Laut Gemeinderatsprotokoll (8. Juni 1959) kam der Vorschlag, eine Straße im Gebiet Hundskopf nach Scheef zu benennen „aus der Verwaltung“. Von der Verwaltung waren bei dieser Sitzung, laut Protokoll, folgende Personen anwesend: Bürgermeister Weißenmaier, Stadtoberinspektor Raisch und Stadtoberinspektor Pfauth als „Niederschriftführer“, d.h. als Protokollant. Der Vorsitzende der Sitzung war Oberbürgermeister Gmelin. Von den 30 Gemeinderatsmitgliedern waren 27 anwesend. Der Beschluss zur Benennung der Straße nach Adolf Scheef wurde einstimmig gefasst.
- 4.** Da der Vorschlag der Straßenbenennung von der Verwaltung kam, gilt es zu klären, welche biographische Nähe die Mitglieder der Verwaltung zum Nationalsozialismus aufwiesen: Weißenmaier, Raisch, Pfauth und gegebenenfalls andere. Zu klären ist weiterhin, welche Haltung diese und andere Mitglieder der Verwaltung im Zentraljahrzehnt der sogenannten „Vergangenheitspolitik“ eingenommen haben. Wenn es Liberale oder Demokraten waren, die vor 1945 in Distanz zum Nationalsozialismus gestanden hatten, dann ergibt sich ein völlig anderes Bild, als wenn die Genannten in den 1950er Jahren zwar einer der Parteien CDU/CSU, SPD oder FDP angehörten, vor 1945 aber dem Nationalsozialismus nahe gestanden hatten. Es wäre sinnvoll, in diesem Fall erst einmal deren Akten in der NS-Mitgliederkartei (Berlin Document Center) zu untersuchen sowie sämtliche Unterlagen der Entnazifizierung und des Spruchkammerverfahrens heranzuziehen.

Es ist nicht auszuschließen, dass persönliche Loyalitäten, Freundschaften und Respektbekundungen eine Rolle gespielt haben, die die Zäsur des Jahres 1945 überwölben und die politischen Entscheidungen in den 1950er Jahren beeinflusst haben. Die Benennung „Scheefstraße“ abzuschaffen und dies ausschließlich unter Bezug auf Archivalien aus der Zeit von 1933 bis 1945 zu tun, lässt allzu viele Fragen unbeantwortet. Keines der Gemeinderatsmitglieder, die 1959 über die Benennung der Scheefstraße entschieden haben, ist nach dem 8. Mai 1945 geboren. Sie hatten *alle* das „Dritte Reich“ durchlebt.

Die Biografie von Oberbürgermeister Hans Gmelin (Jahrgang 1911) wissenschaftlich erforschen zu lassen, ist ein erster wichtiger Schritt, aber es gab weitere Mitglieder der Stadtverwaltung Tübingen, deren Biografien zumindest im Einzelfall eng mit dem Nationalsozialismus und dessen Verbrechen verbunden waren. So zum Beispiel Helmut Weißenmaier (Jahrgang 1905), der 1959 Tübinger Verwaltungsbürgermeister war. Der Jurist war seit April 1933 Mitglied der NSDAP und seit November 1933 Mitglied der SA. 1938 wurde er Stellvertreter des Landrats in Reutlingen.

Helmut Weihenmeier wurde am 16.10.1939, zum Zeitpunkt der Einrichtung des Generalgouvernements Polen, Kreishauptmann von Zamosc (Distrikt Lublin). Während seiner Amtszeit von 1939 bis 1944 wurde fast die gesamte jüdische Bevölkerung der Stadt in Ghettos und Vernichtungslagern ermordet. Er wirkte mit an der Deportation der Juden in die Vernichtungslager und an der sog. „Absiedlung“ aus Zamosc. Seit Anfang 1942 war Weihenmaier informiert über die „Endlösung der Judenfrage“, leugnete aber nach 1945, die Juden aus seinem Kreis in die Vernichtungslager deportiert zu haben. 1944/45 war er Vertreter des Landrats in Saarlouis und im März/April 1945 beim Landratsamt Reutlingen tätig. Er wurde von den Franzosen interniert, aber 1948 als Mitläufer eingestuft und 1949 wieder im württembergischen Staatsdienst tätig (zunächst Württemberg-Hohenzollern, danach im Regierungsbezirk Nordwürttemberg). Von 1955 bis 1960 war Weihenmeier hauptamtlicher Bürgermeister von Tübingen unter Oberbürgermeister Hans Gmelin und von 1960 bis 1971 Landrat in Freudenstadt.

Die Bekanntschaft zwischen den Altersgenossen Weihenmaier und Gmelin - die vor und nach 1933 in Tübingen lebten und dort, im Falle von Gmelin, auch für die NSDAP tätig waren - einerseits sowie zwischen beiden und Scheef andererseits müsste näher geprüft werden.

Benennung der Scheefstraße 1959

Um die Fragen zu Adolf Scheef einzuordnen zu können, ist zunächst ein Blick auf den historischen Gesamtkontext notwendig. Das „Dritte Reich“ war vom ersten Tag an ein Terrorsystem, das Gewalt androhte und Gewalt ausübte. Ebenso war es vom ersten Tag an, vornehmlich in den Jahren 1933 bis 1936, eine politische Veranstaltung in Form der Diktatur, die es sich zur Aufgabe setzte, die Massenarbeitslosigkeit aus der Weltwirtschaftskrise zu überwinden und eine „neue Ordnung“ des deutschen Volkes zu schaffen.

Nimmt man beides zusammen, bestand das Ziel in einer „völkischen Gesamtordnung“ für die deutsche „Volksgemeinschaft“ (ohne Juden, ohne Sozialisten, ohne Behinderte, ohne Homosexuelle, ohne „Zigeuner“ – ohne all die sogenannten „Gemeinschaftsfremden“). Diese „völkische Gesamtordnung“ sollte (auch) im Zuge einer umfassenden Infrastruktur-Modernisierung verwirklicht werden, zu der gleichermaßen Aufbau, Ausbau, Erneuerung ebenso gehörten wie Terror, Mord und Ausgrenzung. Es wurden neue Straßen, vornehmlich Autobahnen, gebaut, neue Kraftwerksanlagen und Chemiekombinate errichtet, neue Stadtquartiere und städtische Neubaugebiete geplant. Insbesondere wurden Industrieansiedlungen vorangetrieben. Beispiele hierfür sind die Flugzeugindustrie (Messerschmidt, Heinkel, Junkers) und der Autobau (Volkswagenwerk in Fallersleben und Errichtung der NS-Vorzeigestadt Wolfsburg).

Übertragen auf Städte und Kommunen bedeutete dies den Neubau von Straßen, Bädern, Sportanlagen, Kliniken und Schulen und den Ausbau der Verkehrs- und sonstigen Infrastruktur. Die 1930er Jahre waren, national wie international, eine Zeit der forcierten, zum Teil gigantischen Modernisierung, und viele Zeitgenossen waren wie berauscht davon. Sie wussten nicht - die einen konnten es nicht wissen, die anderen wollten es nicht wissen -, wohin das führen würde bzw. führen sollte.

Blicken wir jetzt auf Adolf Scheef: seine Zeit als Oberbürgermeister von Tübingen kann in zwei Amtsperioden unterteilt werden: die erste Amtszeit während der Weimarer Republik (1927-1933), die zweite Amtszeit nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten (1933-1939). 1959 schlug die Verwaltung dem Gemeinderat vor, Scheef mit der Benennung einer Straße mit seinem Namen zu ehren. Das Protokoll nennt folgende Begründung:

1. Amtszeit (1927-1933): Neubau des Wildermuth-Gymnasiums; Neubau der Chirurgischen Klinik, des Fernheizwerks und der Universitätswaschanstalt; Bau einer Reihe städtischer Wohnhäuser.

2. Amtszeit (1933-1939): Straßenneubauten (Westbahnhofstraße, Rheinlandstraße, Waldhäuserstraße); erste Kläranlage der Stadt Tübingen; Anstoß zur Elektrifizierung der Bahnstrecke Plochingen-Tübingen.

In diesem Zusammenhang ist noch einmal die Frage zu stellen: Waren die Vorschlagenden alte Nazis, die wussten, dass Scheef gegebenenfalls jüdische Bürger ans Messer der Gestapo geliefert hatte und die den Vorschlag dennoch machten? Davon ist bisher nichts bekannt, es müsste archivalisch geprüft werden. Wohl aber ist bekannt, dass es vermutlich Oberbürgermeister Scheef war, der Simon Hayum im Frühjahr 1939 gerade noch rechtzeitig warnte, dass dessen Verhaftung durch die Gestapo bevorstand (Simon Hayum: Erinnerungen aus dem Exil. Hrsg. von der Geschichtswerkstatt Tübingen, Tübingen 2005). So konnte Hayum mit seiner Frau in der letzten Sekunde in die Schweiz entkommen. Dahinter hätte das materielle Interesse stehen können, dass deshalb die Stadt die Besitztümer der Firma Hayum einziehen konnte und diese nicht der Gestapo überlassen musste. Wo ist die Grenze zwischen humanem Impuls und materiellem Interesse?

Eine weitere wichtige Frage lautet: Mit welchem Wissen zur Geschichte des „Dritten Reichs“ urteilten die Zeitgenossen des Jahres 1959? Wenn sie die Nazi-Zeit in Tübingen verbracht hatten, urteilten sie völlig anders, als wenn sie bis 1939 Funktionäre in Berlin oder ab 1939 Wehrmachtsoffiziere in Polen und Russland oder sogar Kommandeure von Einsatzgruppen der SS und des SD gewesen waren. Je mehr die Zeitgenossen vom Mördersystem des Vernichtungskriegs und des Holocaust wussten, desto verbissener schwiegen sie nach 1945. Je weniger sie hingegen wussten, desto häufiger vertraten sie den Standpunkt, dass „unter dem Hitler“ doch nicht alles schlecht gewesen sei, „nur das mit den Juden“ hätte er nicht machen dürfen.

Der Fall Martin Sandberger

Tübingen hatte nicht erst 1933 eine der „braunsten“ Universitäten im Deutschen Reich. Tübingen war seit den 1920er Jahren eines der Zentren der völkisch-rassistischen Avantgarde unter den deutschen Intellektuellen. Wer in den 1920er Jahren „in“ sein wollte, studierte da, wo die antilibérale, antiwestliche, antirationalistische neue Wissenschaftsströmung zu finden war: die sogenannte „völkische“ Wissenschaft (Ostforschung, Anthropologie, Rassenkunde, Eugenik, antilibérale Ausrichtung in den Rechts- und Staatswissenschaften).

Tübingen gehörte mit Leipzig und einigen anderen Unis in den 1920er Jahren dieser „Avantgarde“ an, die politisch gegen die Weimarer Republik und gegen den Versailler Vertrag stand, und war für junge Menschen, die diese Haltung teilten, entsprechend attraktiv. In Tübingen studierten von 1931 bis 1932/33 einige der späteren Einsatzgruppen-Kommandeure und SS- bzw. SD-Kommandeure, die seit 1939/41 mit der Organisation und Durchführung des Völkermordes betraut waren und jeweils tausende bis hunderttausende von Juden ermordeten: Walther Stahlecker (Jahrgang 1900), Erich Ehrlinger (Jahrgang 1910), Martin Sandberger (Jahrgang 1911), Theodor Dannecker (Jahrgang 1913), Erwin Weinmann (Jahrgang 1909).

Am interessantesten ist der spätere Umgang im Falle Martin Sandbergers. Er war Führer des Einsatzkommandos 1 a, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Estland, Gruppenleiter im RSHA, Amt VI – SD-Ausland. Sandberger wurde wegen systematischen Mordes an Juden in Estland und Weißrussland in einem der sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozesse („Fall 9“) 1948 zum Tode verurteilt.

Die Begnadigung erfolgte nach Interventionen von Hellmut Becker, der in enger Verbindung mit der Familie Weizsäcker stand, von Carlo Schmid und, auf Beckers Drängen hin, von Theodor Heuss (Heuss tat das aber nur sehr widerwillig). Sandberger war bis 1958 inhaftiert, wurde dann aber frei gelassen und verstarb vor wenigen Jahren hochbetagt in einem Stuttgarter Altenheim.

Carlo Schmid ist seit 1977 Ehrenbürger von Tübingen. Er rettete einen promovierten Massenmörder, der Absolvent der Universität Tübingen war und aus einer angesehenen württembergischen Bürgerfamilie stammte, mit der Carlo Schmid in Kontakt stand. Dennoch war und blieb der Mann, den er schützte, ein Massenmörder. Wird damit auch Carlo Schmid's Ehrenbürgerwürde in Frage gestellt?

In Kilchberg gibt es eine Theodor-Heuss-Straße. Der Bundespräsident beteiligte sich daran, einem Massenmörder zur Begnadigung zu verhelfen. Soll daher auch die Straße in Kilchberg umbenannt werden?

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Man kann Namen tilgen und neue hinschreiben, aber Eines ist gewiss: Für uns Deutsche gibt es *kein Entrinnen aus der Haftungsgemeinschaft des deutschen Volkes*. Es gibt kein Reinigungsmittel für unser Gewissen. Es gibt nur nüchterne Rationalität, Unbestechlichkeit des Urteils und die Erfordernis eines differenzierten historischen Bewusstseins.

Dr. Martin Ulmer
Geschichtswerkstatt Tübingen e.V.

Der 1874 geborene Adolf Scheef stammte aus Nürtingen, er trat 1896 in den städtischen Dienst als Tübinger Rathausschreiber ein und wurde später Bezirksnotar. 1927 gewann er die Tübinger Oberbürgermeisterwahl mit 60 Prozent der Stimmen. Er war seit 1911 führendes Parteimitglied der Fortschrittlichen Volkspartei und seit 1919 bei der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Für die linksliberale DDP war er zwischen 1924 und 1932 im Württembergischen Landtag und dort im Fraktionsvorstand tätig. Scheef war bis zum Ruhestand 1939 Oberbürgermeister, sein Nachfolger wurde der führende NSDAP-Kommunalpolitiker Ernst Weinmann, der 1947 für Kriegsverbrechen in Jugoslawien gehängt wurde. Adolf Scheef starb im Januar 1944 in Tübingen. Der zweite Teil von Scheefs Amtsperiode zwischen 1933 und 1939 zeigt deutlich, dass er ein nationalsozialistisch orientierter Oberbürgermeister ohne Parteibuch war. Entscheidend für die Beurteilung der Rolle von Adolf Scheef in der NS-Zeit ist nicht seine mögliche Motivation, die angesichts mangelnder biografischer Zeugnisse auch kaum mehr ergründet werden kann, sondern sein politisches Verhalten – besonders im Gemeinderat –, das durch die vollständig überlieferten Gemeinderatsprotokolle und Redemanuskripte gut dokumentiert ist. Ich sehe beim politischen Handeln von Oberbürgermeister Adolf Scheef zwei Muster:

- 1.** Erstens förderte er die nationalsozialistische Politik nach Kräften.
- 2.** Zweitens sind starke Tendenzen der Duldung (vor allem hinsichtlich der Verfolgungen der politischen Gegner und der Juden) erkennbar, um keine Konflikte mit der NSDAP zu provozieren.

Ich möchte mit einem Zitat des Beigeordneten, dem führenden NSDAP-Politiker Ernst Weinmann, bei der Pensionierung von Oberbürgermeister Adolf Scheef im Frühjahr 1939 beginnen, als dieser Scheef und seine Verdienste mit folgenden Worten würdigte: „So dachte ich dabei in erster Linie der in den Jahren nach der Machtübernahme erstellten Großprojekte, wie Motorsportschule, Reichssanitätsschule, Jugendherberge, die Bauten der Wehrmacht im Neckartal und den Bau des neuen Standortlazarets. (...) Es mußte zugegriffen und gehandelt werden. Sie [Herr Oberbürgermeister, M.U.] haben in allen Fällen gehandelt und auch die Verantwortung dafür getragen. Heute schon nach nur wenigen Jahren wissen wir, dass ihre Entscheidungen richtig waren und dass der Stadt durch das Neugeschaffene ein großer Auftrieb gegeben wurde. (...) An diesen Dank möchte ich meinem eigenen anschließen für das Vertrauen, dass Sie immer uns entgegengebracht haben. Der Beweis für unsere jederzeit gute Zusammenarbeit ist im Erfolg sichtbar geworden.“

Auf Initiative von Weinmann wurde Scheef in der Sitzung das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Der frühere Demokrat Scheef betrieb seit Frühjahr 1933 nach Kräften eine nationalsozialistische Stadtpolitik. Bereits in den ersten Sitzungen des Kommunalparlaments war er ganz auf der Linie der Nationalsozialisten. Der einst liberale Scheef, ansonsten kein Freund allgemeinpolitischer und pathetischer Reden, schwenkte am 1. Mai 1933 selbst in den Chor nationalsozialistischer Propaganda ein, indem er diesen Tag der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Arbeit würdigte und dann im Hinblick auf die neuen Ehrenbürger sagte: „Unser Deutsches Vaterland, unser Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg, der Kanzler des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler und der Württ. Staatspräsident Wilhelm Murr: Sieg Heil, Sieg Heil, Sieg Heil.“

Bei der Beratung über die Bestellung der Ausschüsse am 8. Mai 1933 im gleichgeschalteten Gemeinderat setzte sich das frühere demokratische Stadtoberhaupt Scheef nicht mehr für die Interessen der demokratischen Minderheit von Zentrum und SPD ein, sondern ließ diese Frage im Gemeinderat entscheiden, in dem die NSDAP eine überwältigende Mehrheit hatte.

Auf seine Initiativen bzw. deutliche Unterstützung hin entstanden die SA-Motorsportschule, die Reichsbräute-

und Reichssanitätsschule, die Schwesternschule, die Jugendherberge sowie Einrichtungen des Nationalsozialistischen Volkswohlfahrtsverbands, das Kriegslazarett auf dem Sand sowie mehrere Siedlungen, u.a. die Gartenstadt in Derendingen. Er baute Tübingen zur „Parteistadt“ aus, wie es in den Würdigungen seiner nationalsozialistischen Nachfolger Ernst Weinmann und Alfred Kercher hieß. Die häufigen Zugriffe der Parteieinrichtungen auf städtische Finanzmittel und auf Immobilien stießen bei Scheef auf großes Wohlwollen. In der Siedlungspolitik wurde deutlich, dass den Oberbürgermeister nicht nur berechnete wohnungs- und kommunalpolitische Belange bewegten, sondern auch ideologische Motive. Bei der Frage der Belegung von geplanten Kleinsiedlungen z.B. der Gartenstadt stellte er im Gemeinderat im März 1936 unmissverständlich klar, wer dort nur wohnen darf: „Als Siedlungsanwärter sind grundsätzlich alle ehrbaren deutschen Volksgenossen aus den breiten Schichten zugelassen. Sie müssen erbgesund, arischer Abstammung, rassistisch wertvoll und nationalpolitisch zuverlässig sein.“

Darüber hinaus ist sein Einsatz für die nationalsozialistischen Ziele im Alltagsgeschäft bemerkenswert. Ob die Einrichtung von Volksempfängern, die Abonnements des Parteiblatts „Völkischer Beobachter“ für das Rathaus oder das von ihm persönlich beauftragte Geschenk eines Gemäldes vom Tübinger Rathaus zum 50. Geburtstag von Adolf Hitler. Scheef sah in seiner persönlichen Initiative – laut Protokoll des Gemeinderats vom 13. Februar 1939 – „eine Ehre und hohe Freude, wenn der Führer das zu seinen Ehren gemalte Bild zu seinem Geburtstagsgeschenk der Stadt Tübingen entgegennehmen würde.“ Scheef war es auch, der im Unterschied zu einzelnen anderen Städten Hitlers „Mein Kampf“ für Neuvermählte im März 1937 bestellen ließ und dafür sorgte, dass das Stadtwappen und seine persönliche Widmung in Hitlers Schrift aufgenommen wurde. Mit Stolz sagte Oberbürgermeister Scheef 1937 anlässlich der Verabschiedung des NSDAP-Kreisleiters Helmut Baumert im Gemeinderat: „Zur Festigung der nationalsozialistischen Gesinnung und Erkenntnis lassen wir das bedeutsame Werk des Führers „Mein Kampf“ den Neuvermählten als Traugeschenk der Stadt überreichen.“

Zahlreiche Beispiele belegen Scheef als willigen und effektiven Repräsentanten des NS-Regimes. Darauf verweisen auch seine öffentlichen Huldigungen der Partei sowie sein demonstratives Lob im Gemeinderat für die Annexion des Sudetenlandes im Herbst 1938 als großen außenpolitischen Erfolg Deutschlands aufgrund der „Genialität unseres Führers“. Abschließend sprach Scheef im Gemeinderat folgende Worte: „Unserem Führer wollen wir unseren Dank abstatten durch unbedingte Treue und durch die Tat, indem wir gewissenhaft und unter Einsatz auch der letzten Kraft auf dem uns zugewiesenen Platz mitarbeiten am grossen Werk des Führers, dem Wiederaufbau Deutschlands.“ Freiwillig nutzte Scheef sein Amt und seine Popularität auch für die nationalsozialistische Propaganda.

Scheef verhinderte auch an keiner Stelle antisemitische Initiativen, was auf administrativem Wege durchaus möglich gewesen wäre. So duldete Scheef das von der NSDAP beantragte Freibadverbot für Juden und „Nichtarier“, obwohl ein Teil der Bestimmungen mit dem Reichsaußenministerium in Berlin zu größeren Konflikten führte. Es gibt im Gegenteil einige Hinweise, dass er selbst antisemitische Maßnahmen förderte. So war er der Impulsgeber für die Lösung der städtischen Geschäftsverbindungen zu Firmen mit jüdischen Inhabern - so ließ Oberbürgermeister Scheef die weitere Vergabe der Tapetenlieferung für die städtische Wohnhausneubauten durch die Firma Hugo Löwenstein grundsätzlich im Gemeinderat im Juni 1933 klären, obwohl das städtische Hochbauamt an der bisherigen Vergabep Praxis zugunsten von Hugo Löwenstein festhalten wollte. Ein weiteres Beispiel geschah in der Gemeinderatssitzung vom 26. Oktober 1936: „Ratsherr Göhner macht darauf aufmerksam, dass die in städt. Bädern (...) aufgestellten Personenwaagen von einer jüdischen Firma namens Lindauer stammen. Er möchte bitten, die Sache sofort zu untersuchen und die Geschäftsverbindung mit der Firma Lindauer aufzulösen. (...) Der Oberbürgermeister sagt zu, die Sache sofort untersuchen zu lassen und etwaige mit einer jüdischen Firma abgeschlossenen Verträge (...) mit sofortiger Wirkung aufzuheben.“ Die Stadtverwaltung kündigte sofort. Dabei schlüpfte Scheef beim nachfolgenden Kauf der gemieteten Personenwaagen in der Rolle eines „Ariseurs“, indem er den Preis für die Stadt weiter zu drücken versuchte.

Die kommunalpolitische unerfahrene und junge Garde der NSDAP in Tübingen verfügte im Frühjahr 1933

über keine ernsthafte Alternative zu dem erfahrenen und angesehenen Verwaltungsmann Scheef. Das sehr gut funktionierende Arrangement über die Jahre hatte für beide Seiten Vorteile, weil Scheef durch seine demonstrative Politik für die NS-Ziele im Amt und an der Macht bleiben konnte und Scheefs effektive Amtsführung und seine Popularität der Partei von großem Nutzen war. Eine wichtige Erklärung für das Arrangement seit 1933 findet sich in den Tagebuchaufzeichnungen des Parteikollegen Emil Beutinger, der als Oberbürgermeister von Heilbronn im Frühjahr 1933 seinen Sessel räumen musste. Nachdem der württembergische Wirtschaftsminister Reinhold Maier von den Demokraten eine Koalition mit der NSDAP 1932 abgelehnt hat, kam Scheef ins Spiel: "Ein zweites Mal wurde der Versuch gemacht – dabei kam mit den beiden Genannten [dem NSDAP-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Wilhelm Murr und Maier, M.U.] auch der Landtagsabgeordnete Scheef – Oberbürgermeister von Tübingen. Scheef hat im Sinne Murrs auf Maier einzuwirken versucht und sich dabei erboten die demokratische Partei für diesen Gedanken zu gewinnen. (...) Dies Verhalten von Scheef in seiner doppelzüngigen Weise ist der Grund, warum Scheef als einer der wenigen Ortsvorsteher 1933 im Amt blieb". Viele Oberbürgermeister wie Beutinger in Heilbronn, in Ulm, in Karlsruhe, Stuttgart und in vielen anderen Kommunen wurden 1933 von den Nationalsozialisten aus den Ämtern gedrängt, weil diese Demokraten als politisch unzuverlässig galten.

Fazit

Die Verhalten von Oberbürgermeister Scheef in der Zeit von 1933 bis 1939 ist schwerwiegend und kein Kavaliersdelikt. Scheef war neben den Parteifunktionären, den Kreisleitern Baumert und seit 1937 Hans Rauschnabel, dem Fraktionsvorsitzenden und Beigeordneten Ernst Weinmann sowie den wechselnden Universitätsrektoren die *mächtigste Amtsperson in Tübingen*. In dem in Württemberg traditionell einflussreichen und populären Amt des Oberbürgermeisters war er durch sein hier dargestelltes politisches Handeln ein *wichtiger Aktivposten des Nationalsozialismus*. Die Verfolgung der Demokraten (aus deren Reihen er selbst kam) und den Juden tolerierte Scheef und er schreckte auch gelegentlich vor antisemitischen Initiativen und Entscheidungen nicht zurück. Letztlich spielte für die Tübinger NSDAP keine Rolle, ob er ein Parteibuch besaß oder nicht, entscheidend war allein seine bedingungslose Loyalität und großzügige Förderung der kommunalen und allgemeinen NSDAP-Politik spätestens seit der Machtübernahme 1933. Wenngleich Scheef auch sinnvolle kommunalpolitische Projekte auf den Weg brachte, ist die Ehrenbürgerschaft und die Straßenbenennung nach Scheef als Ehrenakt untrennbar mit seiner sehr fragwürdigen Rolle im Nationalsozialismus verbunden. Eine Umbenennung einer Straße, die in der Regel ehrenhalber Persönlichkeiten würdigt, ist angesichts der historischen Faktenlage bei der Scheef-Straße notwendig. Zugleich sollte der Prozess des Umgangs mit der Scheef-Straße angemessen dokumentiert werden, z.B. durch ergänzende Hinweis-Schilder und/oder z.B. in Form einer Dokumentation auf der städtischen Homepage.

Quellen und Literatur:

Stadarchiv Tübingen: Gemeinderatsprotokolle 1933-1939, 1944; ZGS: Mappe Adolf Scheef
Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus. Tübingen 1991; Geschichtswerkstatt Tübingen (Herausgeber): Forschungsbericht: Zwangsweise ausgeschiedene Tübinger Stadträte 1933/1934 und deren Verhältnis bzw. Verbindung zum Nationalsozialismus. März 2012.